

„STÄRKUNG DER DEMOKRATIE“

Obmann Hoyos für Wahlpflicht

Markus Hoyos plädiert für ein Weniger an Bürokratie aus Brüssel. Zur Stärkung der Wahlbeteiligung kann er sich eine verpflichtende Stimmabgabe vorstellen.

VON NORBERT OBERNDORFER

Auf dem Sommerempfang der Landbewirtschafter von „Land & Forst“ NÖ im Sommerrefektorium im Bistumshaus St. Pölten ließ Obmann Markus Hoyos kein gutes Haar an der geplanten EU-Renaturierungsverordnung. Er stellte deren Sinnhaftigkeit angesichts des Klimawandels infrage und forderte stattdessen ein „Klimaanpassungsgesetz mit Naturverständnis“. Hoyos kritisierte generell den massiven Anstieg forstrelevanter Gesetze und Verordnungen aus Brüssel seit dem Green Deal. Er forderte eine eigene EU-Generaldirektion für Forstwirtschaft, um den Einfluss anderer Generaldirektionen einzudämmen.

Kritik an Aarhus-Konvention und NGOs

Der Branchenvertreter übte auch scharfe Kritik an der Aarhus-Konvention, die laut Vertragsstaaten zur „Stärkung der Demokratie“ beitragen soll. „Das hat gar nichts mit Demokratie zu tun. Für mich heißt Demokratie freie Wahlen und nicht verordnete Macht“, echauffierte sich Hoyos. Er regte die Wiedereinführung einer Wahlpflicht zur Stärkung der Demokratie an und schlug vor, eine Studie in Auftrag zu geben, die klärt, inwieweit die Konvention gegen EU-Grundrechte verstößt. Dass NGOs zunehmenden Einfluss auf politische Entscheidungen haben, sieht Hoyos sehr kritisch.



▲ Markus Hoyos ist Obmann von Land & Forst Niederösterreich. Foto: Marianne Feiler

Klare Worte fand Hoyos für soziale Medien, die seiner Meinung nach „Unruhe, Desinformation, Hass und Leid“ verursachen. Er forderte eine Klarnamenpflicht von der Politik, damit Meinungsäußerungen nicht mehr anonym erfolgen können. „Wenn ich etwas nur unter Pseudonym schreiben kann, dann sollte ich es besser gänzlich unterlassen.“

Pernkopf: „Hände weg von Grund und Boden“

Landesvize Stephan Pernkopf schloss sich Hoyos' Kritik an der Renaturierungsverordnung an und warnte vor Vermögens- und Eigentumsbesteuerung, die Nachhaltigkeit und Familienbetriebe schädige. Hausherr Bischof Alois Schwarz appellierte für ein friedliches Miteinander und die Bewahrung christlicher Werte in der Demokratie: „Demokratie braucht Religion, wenn ich ans Christentum denke und die Werte, die die Demokratie sich nicht selber schaffen kann“, so Schwarz.

GROSSVOLUMIGER WOHNBAU

Land NÖ stockt Wohnbaumittel massiv auf

Bis 2026 werden über 530 Millionen Euro an Darlehen und nicht rückzahlbaren Zuschüssen in den großvolumigen Wohnbau investiert. Eine Lösung für private Hausbauer befinde sich in den „letzten Zügen“.

VON NORBERT OBERNDORFER

Das Land Niederösterreich hat eine kräftige finanzielle Offensive für leistbares Wohnen und Sanierungen angekündigt. Bis 2026 sollen über 530 Millionen Euro an Darlehen und nicht rückzahlbaren Zuschüssen in den großvolumigen Wohnbau investiert werden. Wohnbaulandesrätin Christiane Teschl-Hofmeister erläuterte bei einer Pressekonferenz die Details.

„Um den großvolumigen Wohnbau zukunftsfit zu machen, wird das Land Niederösterreich in den Jahren 2024 bis 2026 jeweils 130 Millionen Euro an Darlehen aufnehmen, in Summe 390 Millionen Euro“, sagt Teschl-Hofmeister. Dazu kommen 147,5 Millionen Euro aus der Bundesmilliarde für den

Neubau im gemeinnützigen Wohnbau.

Fokus auf „Junges Wohnen“ und „Begleitetes Wohnen“

Der Großteil der Fördermittel soll in die Bereiche „Junges Wohnen“ für junge Erwachsene und „Begleitetes Wohnen“ für Senioren fließen. Für eine 60-m²-Wohnung im „Jungen Wohnen“ erhalten Bauvereinigungen rund 107.000 Euro nicht rückzahlbare Zuschüsse, was die Miete um 11 Prozent oder über 800 Euro pro Jahr senkt. Im „Begleiteten Wohnen“ sind es 115.000 Euro Zuschuss und eine Mietreduktion von 12 Prozent bzw. knapp 1.000 Euro jährlich.

Wirtschaft
KURZ NOTIERT

Neue „Vize“ in Landarbeiterkammer

Judith Hartl wurde einstimmig zur neuen Vizepräsidentin der Landarbeiterkammer NÖ gewählt. Die 53-jährige Weinbaumeisterin aus Gumpoldskirchen vertritt künftig die Interessen



▲ Josefa Czeatke übergibt an ihre Nachfolgerin Judith Hartl. Foto: M. Schneider

von 24.000 Mitgliedern. Sie folgt auf Josefa Czeatke, die nach zwölf Jahren zurücktrat.